

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV

Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA

Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland

Band IV/021

Die alliierte Besatzungspolitik in Mittel- und Westdeutschland von 1945-1949: 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein, Teil 4

Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durch die Siegermächte

Das Potsdamer Abkommen wurde von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vor-
sätzlich gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-
Weltherrschaft gefährden können

Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>... (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann ... Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Truman Doktrin

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.



Abb. 75 (x149/116): Welche Zielsetzungen des Marshallplanes bringt dieses Werbeplakat zum Ausdruck?

Abb. 76 (x067/204): Plakat der SED, 1947

US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen. Truman erklärte vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finan-

zieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."

Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.

Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

Marshall-Plan

US-Außenminister George Marshall kritisierte am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

Am 30. April 1947 beauftragte Außenminister George Marshall den US-Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

US-Militärgouverneur Clay telegraphierte am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

Am 17. Juli 1947 ersetzte die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragte US-Militärgouverneur Clay, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die - auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens - zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.

Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<

James Warburg, Berater der US-Militärregierung in Deutschland, begründete später die nord-amerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die

deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt.

...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...

Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder ver-sklassen, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.

Der US-Bankier Young begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... und daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1948 die europäische Integration. Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.

Andrei A. Shdanow, ein enger Mitarbeiter Stalins, erklärte am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/381-382): >>... Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunützen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.

In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...

Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marshall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...

Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter. Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marshall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.

Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen. Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...

Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, ... wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<

Im Verlauf der 5. Außenministerkonferenz in London, vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947, konnten sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete später (am 19. März 1958) über den geplanten deutschen Friedensvertrag: >>>**Die Phantasie der Geschichte**

... Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.

Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."

Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".

England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzidiert worden seien.

Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:

- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.

- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.

- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.

- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.

- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.

- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.

- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.

- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.

- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".

- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.

- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten

Teilen Deutschlands ein.

Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufrichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab. ...<<

Am 3. April 1948 wurde das europäische Wiederaufbauprogramm verabschiedet. Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-1952 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Bis zum 30. Juli 1952 erhielten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis - zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.

Also pöppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.

"Nach Ostland ..." - nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann schrieb später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur ... Erleichterung des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, protestierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.

Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands sowie der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkaufte.

Während des "Kalten Krieges" erlahmten die politischen Säuberungsmaßnahmen der Sieger-

mächte zusehends, denn man benötigte jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stuft sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.

US-Militärgouverneur Clay berichtete später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146): >>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."

Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<

US-Militärgouverneur Clay warnte am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.

Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

Jack Bennett, oberster Finanzberater der US-Regierung, informierte über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<

Am 18. Juni 1948 verkündeten die westlichen Militärregierungen im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.

Die westlichen Alliierten verkündeten am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.

Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.

Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<

Marschall Wassili D. Sokolowski, von 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, verbot am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnete die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die Währungsreform durchgeführt.

Jeder Westdeutsche erhielt ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wurde. Sämtliche Forderungen wurden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauschte man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/-214).

Am 23. Juni 1948 wurde gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt - das Umtauschverhältnis entsprach z.T. dem Tausch in den Westzonen.

Am 24. Juni 1948 blockierten sowjetische Truppen sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrachen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin konnte infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden. General Clay, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone, erklärte am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben

könnte (x116/235).

US-Militärgouverneur Clay erteilte am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten. Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade am 12. Mai 1949 in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtete später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.

Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.

Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde

Der französische Ministerpräsident de Gaulle forderte am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x156/32-33): >>Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität gegen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.

Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.

Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<<

Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle forderte am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner sprach er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<

Das französische Kabinett verlangte am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

Am 12. Dezember 1945 erklärte der französische Außenminister Bidault während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen könnte, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennen würde (x111/113).

Die "Berliner Zeitung" veröffentlichte am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig, französischer Oberbefehlshaber in Deutschland, erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.

Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.

Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.

"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.

Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesamten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

Der französische Außenminister Bidault forderte am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden.

Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.

Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...<<

Am 20. Juli 1946 wurde ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

Ministerpräsident Charles de Gaulle schlug am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.

Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich - was bald auf dasselbe herauskäme - das Instrument wiederherstellt, wel-

ches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.

Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.

Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingliedert werden.

Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<

US-Unterstaatssekretär Hilldung erklärte am 2. Oktober 1946 (x111/223): >>... Deutschland bleibt die Wegkreuzung Europas. ... Wenn Deutschland zur wirtschaftlichen Gesundung Europas wirksam beitragen soll, so muß es ... als ein Land und nicht als vier Länder behandelt werden.<<

General Koenig, von 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone, erklärte am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<

Anfang 1947 erklärte ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:

- a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
- b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.
- c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzubringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ... Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...

Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rückwirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

Der französische Politiker Maurice Schumann erklärte am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/53): >>... Wenn es sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.

Aber - um auf der politischen Ebene zu bleiben - ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden. ...<<

Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärte am 27. Februar 1947 im Verlauf der Sitzung des alliierten Kontrollrats (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizo-

nenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

Am 22. März 1947 lehnte der sowjetische Außenminister Molotow im Verlauf der 4. Außenministerkonferenz in Moskau die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).

Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen war, vereinbarten Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt. Dieser Pakt verpflichtete die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).

Am 9. April 1947 berichtete der US-Generalstab in einem streng geheimen Dokument bereits über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >>Die potentiell stärkste Militärmacht dieses Gebietes ist Deutschland.

Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<

Der französische Außenminister Bidault forderte am 10. April 1947 während der 4. Außenministerkonferenz in Moskau nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politische Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/305).

Der sowjetische Außenminister Molotow lehnte am 11. April 1947 erneut die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab (x111/306).

Am 24. April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollten (x009/405-406).

Am 29. Januar 1948 erklärte der CDU-Politiker Adenauer während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 endete mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.

Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...<<

Konrad Adenauer erklärte am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525): >>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.

Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77):

>>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...<<

Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.

Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<

Der französische Außenminister Robert Schuman bezeichnete es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Konrad Adenauer schrieb am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewinnen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisierte am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...

Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 6. Januar 1949: >>Das Ruhrstatut

... In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ...

Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.

Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört.

Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.

Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.

In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

... Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?

Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen

...

Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut:

>>**Tedeum des Sieges**

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

"Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."

Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde ... auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber. ...

Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls ... könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden. ...

"In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde einge-

räumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."

Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte. ...

Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabriktor offen. ...

Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen. ...

Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen". ...

Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhrreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.

Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt.

... Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.

Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben.

...<<

Das "Ruhrstatut" trat am 22. April 1949 in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Am 5. Mai 1949 wurde in London der Europarat - Sitz: Straßburg - gegründet.

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besat-

zungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die deutsche Bundesregierung beantragte danach für die weitgehende Einstellung der Demontage den Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde.

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 hieß es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.

Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiederrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...

In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.

Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:

- a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...
- b) Stahlwerke: ...

Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. -

"Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.

Zuruf von links: "Unerhört so was!"

Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" -

Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...

Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.

Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ... -

das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?

Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der britische General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.

Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...

Gegenruf bei den Regierungsparteien. - Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. -

Glocke des Präsidenten.

Renner/KPD: "Wo steht denn das?" -

Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? - Sprechen sie als deutscher Kanzler? -

Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!" ...

Präsident Dr. Köhler schloß nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.<<

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler eine "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.

Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageergebnissen andere Dinge zu verschleiern ...

Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 1. Dezember 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949: >>**Benehmen wie die Schuster**

... Der Kanzler berichtete von seinem Abkommen mit den Alliierten, das für Deutschland Erleichterungen im Schiffsbau, einen Teilstop der Demontagen und Beitritt zum Ruhrstatut vorsieht. ...

Adenauer schritt zum Pult: "Ich stelle fest, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage zu Ende gehen zu lassen, als an Stelle eines Beobachters einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden." ...

Das Barometer stieg. Adenauer schränkte die Feststellung ein: "Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen: Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken oder nicht? Und wenn sie erklärt, nein, dann weiß sie auf Grund der Mitteilung, die mir General Robertson gemacht hat, daß die Demontage bis zum Ende fortgeführt wird" - entweder Beitritt zum Ruhrstatut oder Fortgang der Demontagen.

Aber der abgeschwächte Vorwurf war mit größerer Schärfe und Lautstärke gesprochen worden. SPD-Zuruf: "Sprechen Sie als deutscher Kanzler?"

Schumacher: "Bundeskanzler der Alliierten!"

Tumult. Ollenhauer: "Adenauer hat ihn herausgefordert!"

Pfui von rechts, pfui von links. Die Reihen formierten sich. Ein Strom von rechts ergoß sich mit Antragswünschen auf die Präsidentenbühne. Links war der Blick für die Richtung verlorengegangen. Alte Kämpen erhofften Böses. Und trennten die Bataillone. Eins zur Führersicherung, eins zum Angriff.

Vorneweg SPD-Heiland mit drohenden Fäusten. Andere krepelten noch an ihren Ärmeln. Los ging's auf die Christlichen. Die standen schon und hielten weder die eine noch die andere Backe hin. Urdeutscher Hellwege wippte zwei Ministerzentner auf und nieder.

FDP-Oellers ließ Präsident Köhler in die Formation bimmeln. Er hatte den Antrag auf Vertagung gestellt, nachdem ein Ordnungsruf des Präsidenten gegen Schumacher ungehört verhallt war.

Das Schlachtfeld wurde geräumt. ...

Um sechs Uhr morgens fanden sich die unrasierten Streiter wieder. ...

Die SPD beriet in ihrem Fraktionssaal über das 56. Klingeln des Präsidenten hinaus. Er begann ohne SPD die neue Sitzung und bestrafte den Chef mit 20 Tagen. "Wegen der Schwere der Beleidigung. Dr. Adenauer ist eine Staatsfigur." ...<<

Der englische Sozialist Fenner Brockway schrieb später über den SPD-Politiker Kurt Schumacher (x111/18): >>Ich sehe in ihm die ganze Tragödie Deutschlands. Er verlor seinen rechten Arm im Ersten Weltkrieg. Sein Gesicht zeigt die Spuren zwölfjährigen Aufenthalts im KZ und prägt dessen physische Kennzeichen - seine Augen sind verglast, und seine Zähne wurden ihm von Gestapo-Männern aus dem Munde geschlagen. Seine Nase mutet anomal lang an, weil so wenig Fleisch auf seinen Knochen liegt, Furchen zerpfügen sein Gesicht, seine Lip-

pen sind dünn und geradlinig, seine Schultern gebeugt, sein Körper mager, und er sieht tuberkulös aus.

Wenn ein Filmregisseur einen Menschen braucht, um das Leid zu verkörpern, so könnte er dies nicht eindrucksvoller als durch die Wahl Schumachers tun. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28. Oktober 2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>"National sein ist Ehrensache!"

... In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...<<

Die zwangsweise europäische Integration diene hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. - Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion - ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 21. November 2008) über das Petersberger Abkommen (x887/...): >>**Westbindung gegen wirtschaftliche Vorteile**

... Im Prinzip stellten sich vor 60 Jahren die drei Westmächte zu der in Aussicht stehenden Stärkung der Bundesrepublik genauso wie 40 Jahre später. Die europäischen Mächte Großbritannien und Frankreich reagierten mit Angst. 1949 wurde die Fortsetzung der wirtschaftlich-industriellen Knebelung der Bundesrepublik von Frankreich aus sicherheitspolitischen Gründen gewünscht, damit Deutsche in Feldgrau "nicht ein viertes Mal in hundert Jahren" auf französischem Boden stünden, und von den Briten aus wirtschaftspolitischen, um die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht zu groß werden zu lassen.

Die USA hingegen reagierten 1949 wie 1989 mit der Souveränität einer Supermacht. ...

Ein Pfand war den US-Amerikanern dabei das wenige Wochen vor der Verkündung des

Grundgesetzes beschlossene Ruhrstatut, das der Bundesrepublik die alleinige Verfügungsgewalt über das wirtschaftliche Herz Deutschlands, wenn nicht gar Europas, das Ruhrgebiet, vorenthielt.

Gemäß diesem von den Westalliierten und den Beneluxstaaten beschlossenen Statut sollte eine von den Unterzeichnerstaaten und Deutschland beschickte Ruhrbehörde das Aufsichtsrecht über die westdeutsche Schwerindustrie ausüben. Von der Bundesregierung erwarteten die Besatzungsmächte nun, daß sie wie die Signatarstaaten Vertreter in die Behörde entsandte und sie damit anerkannte.

Für Schumacher war das genauso wie die gemeinsame Mitgliedschaft mit dem Saarland im Europarat Verrat - und Adenauer ein "Bundeskanzler der Alliierten", denn dieser setzte die Mitarbeit in der Ruhrbehörde wie den Beitritt zum Europarat durch.

Im Gegensatz zu den Franzosen und Briten, aber ähnlich wie die US-Amerikaner verband der Kanzler mit der Ruhrbehörde die Hoffnung, daß von diesem Instrument der einseitigen Diskriminierung der Bundesrepublik eine westeuropäische Integration gleichberechtigter Staaten ausgehen könne.

Erleichtert wurde der Bundesregierung die Entscheidung zur Mitarbeit in der Ruhrbehörde durch diverse, insbesondere wirtschaftliche und damit für den Volkswohlstand bedeutende Erleichterungen des Besatzungsregimes: Die Demontagen wurden eingeschränkt, die Beschränkungen im Schiffbau gelockert und die Errichtung von Konsulaten in den westlichen Ländern genehmigt.

Festgezurt und verbindlich gemacht wurden diese ersten Schritte der Bundesrepublik Richtung Westbindung und die Gegenleistungen der Besatzer durch das Petersberger Abkommen. ...<<

Der französische Außenminister Robert Schuman schlug am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wurde (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit der deutschen Industrie ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.

Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<

Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister Robert Schumann den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern - die erste Etappe der europäischen Föderation - und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.

Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. ...<<

In Paris unterzeichneten Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion (x156/73): >>... Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.

Artikel 2

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...

Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Artikel 98

Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<

Die Montanunion war eine supranationale Behörde mit unabhängiger Entscheidungsbefugnis und verfügte bereits über wesentliche Strukturen der späteren EWG. Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der EGKS-Vertrag trat am 23. Juli 1952 in Kraft - wurde angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen.

Die von den westlichen Siegermächten angeordnete Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl sollte in erster Linie die Gefahr von Kriegen zwischen den Signatarstaaten endgültig bannen und gewährleistete zusätzlich eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankreich ging es damals nicht nur um die Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sondern vor allem um die Förderung der eigenen Wirtschaft.

Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages stellte die Montanunion schließlich am 23. Juli 2002 ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gingen danach auf die EG über.

Die Bundesrepublik wurde am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

Am 9. Juli 1951 beendete die britische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland. Frankreich und die USA beendeten am 13. Juli 1951 und am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

Bundeskanzler Adenauer erläuterte am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

... Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität

Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?

auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...

Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schumann diesen Vorschlag machte,

Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!

ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten,

unmöglich würde. ...

Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,

Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!

um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.

Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! - Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!

Das ist - ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.

Beifall bei den Regierungsparteien ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**

Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.

Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. ...

Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahlexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!

Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen. ...

Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen. Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen.

Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.

Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar. ...

Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. ...

Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikani-

scher Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?

Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. ... In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.

Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.

Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.

Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprochen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht! ...

Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokes sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.

So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.

Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertalter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt. ...<<

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde vor dem Beitritt nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.

Das Petersberger Abkommen verstieß zweifelsfrei gegen das Völkergewohnheitsrecht, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nich-

tig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdikates von 1919.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion integriert.

Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. **Diese geschickt getarnte Organisation** (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) **sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.**

Infolge der Tatsache, daß der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften - Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU - ebenfalls unwirksam.

Das Besatzungsstatut für die westdeutschen Besatzungszonen

Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

In diesem Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland hieß es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Besatzung noch fortauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,

b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,

c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,

d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,

e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,

- f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
- g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
- h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,
- i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.

Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<

>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...

IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut der Alliierten in Kraft.

Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde nach wie vor bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die deutsche Bundesregierung.

Während der "Pariser Konferenz" vom 19. bis zum 23. Oktober 1954 wurde der sog. "Deutschlandvertrag" vom 26. Mai 1952 geändert.

Das Pariser Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland lautete wie folgt (x101/203-206): >>... Artikel 1

Absatz 1 Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (in diesem Vertrag und in den Zusatzverträgen auch als "Drei Mächte" bezeichnet) das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte

Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.

Absatz 2 Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2

Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses Vertrags. ...

Artikel 7

Absatz 1 Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

Absatz 2 Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist. ...<<

Die westlichen Siegermächte wandelten in den Pariser Verträgen auch den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg in die Westeuropäische Union um.

Die Bundesrepublik Deutschland und Italien wurden 1954 Mitglieder der Westeuropäischen Union. Die Pariser Verträge regelten ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO und die Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO. Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut".

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt danach die zugesagte Teil-Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber einige Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

Die Bundesrepublik Deutschland trat am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

Die Verfassung der alliierten Militärgouverneure für die westdeutschen Besatzungszonen

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 endete mit der Empfehlung, eine Verfassung für die Westzonen Deutschlands zu erstellen (x156/56): >>...

Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen.

Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.

Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.

Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.

Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen. ...<<

Der nordamerikanische Historiker John Gimbel schrieb später über die Hintergründe der "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.

Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich.

Die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.

Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<

Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Die sogenannten "Frankfurter Dokumente" vom 1. Juli 1948 enthielten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x156/56-58): >>... In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte.

Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält. ...

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den alliierten Behörden notwendig. Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden allgemei-

nen Grundsätzen beruhen:

1. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besetzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

- a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten;
- b) das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über die innerpolitischen Richtlinien und Maßnahmen die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und das die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden;
- c) vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie z.B. in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben;
- d) das Ansehen der Besatzungstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter, zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten;
- e) die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassung zu sichern.

2. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatus zu sichern.

3. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:

- a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.
- b) Auf den in den Absätzen a) bis e) in § 1 oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.

4. Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorgehenden § 2, treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden. ...

Wenn die Militärgouverneure ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltene Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen des Besatzungsstatuts annimmt.

Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-279): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.

Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können. ... Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden ...

Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. ...

Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten,

konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.

Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.

Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Während einer Konferenz in Rüdesheim einigten sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.

Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<

Am 26. Juli 1948 einigten sich die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Militärgouverneure in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente. Die Militärgouverneure erlaubten danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.

Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreichte den Besatzungsmächten Westdeutschlands am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>Nach Auffassung der meisten Sachverständigen ... **ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.**

Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es - wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete - provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...

Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits: Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ... Die Flagge des Bundes kann nur Farben führen, die in der gesamtdeutschen Tradition begründet sind. Für die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold war entscheidend, daß diese Farben im alten Reichsschild geführt wurden und auch seit Beginn einer deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung allgemein als Embleme der Deutschen Republik gegolten haben.<<

Der Prof. für Völkerrecht, Carlo Schmid, erklärte am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x156/61-63): >>Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?

Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben! ...

Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu

handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.

Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja!

Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich, zumindest offiziell, darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller, auch der Besatzungsmächte, vorübergehen soll. ...

Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. ...

Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung.

Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.

Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!

Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.

Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.

Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.

Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:

Um einen Staat im Vollsinn zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber - was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde - Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.

Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.

Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungs-

hoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.

Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. ...

Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.

Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.

Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.

Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.

Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. ...<<

Am 3. November 1948 entschied sich der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.

Am 25. April 1949 gab US-Militärgouverneur General Clay bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

Der Parlamentarische Rat stimmte am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu. 53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmten.

Konrad Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rates, erklärte nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.

Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...

Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<

Der Parlamentarische Rat entschied sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Militärgouverneure, General Robertson - britische Zone, General Koenig . französische Zone, General Clay, nordamerikanische Zone, das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):

>>Herrn Dr. Konrad Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr

glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.

2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144, Absatz 1 genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.

In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91, Absatz 2 enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb erklärte am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn am 10. Mai 1949 in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<

In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schrieb am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dümme war.<<

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101 zu 64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe_(x112/701).